

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Postbezug nehmen (ämtliche Postämter) 14,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., zuzüglich Porto- und Frachtkosten, per Brief für Deutschland und Österreich 10.— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 30b.

Die schlagendste Kampfschrift aller Zeiten kostet 5.— M. einschließlich Zustellung. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Zustellung. Druckende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 2830, 2845, 4610 4605, 4615, 4620, 4625.

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Vor ernstesten Entscheidungen

## Die Organisation der Betriebsräte

### Polen zum Frieden bereit?

II. Warschau, 6. August.

Die Regierungsmittglieder berichten gestern den ganzen Tag über die Stellungnahme der polnischen Regierung zu dem Antrag der Sowjetregierung, unverzüglich in Warschau Friedensverhandlungen aufzunehmen. Dieser Antrag war von der russischen Waffenstillstandskommission dem Vorsitzenden der polnischen Abordnung, General Komar, gestellt worden, der ihn der polnischen Regierung überbrachte. An den Beratungen des Ministerrats nahm auch Staatssekretär Dr. Wroblewski teil, der die polnische Regierung in der Waffenstillstandsabordnung in Baranowitsch vertreten hatte. Es wurde beschlossen: Die polnische Regierung ist bereit, den Antrag der Sowjetregierung auf Aufnahme der Friedensverhandlungen und Entsendung einer Friedensdelegation nach Warschau im Falle der Annahme, daß die Sowjetregierung den in einer vorher abgegangenen Friedensnote enthaltenen polnischen Vorschlägen Rechnung trägt. Die Note verlangt Garantien für einen ungehinderten telegraphischen und telephonischen Verkehr der polnischen Friedensdelegation mit ihrer Regierung. Die Abordnung, die aus Vertretern der Regierung, aus Militärs und aus Reichstagsabgeordneten besteht, wird unverzüglich nach Warschau abreisen, falls auf die polnische Note eine zufriedenstellende Antwort der Sowjetregierung eintrifft. Die Friedensnote der polnischen Regierung, deren Inhalt noch offiziell bekanntgegeben wird, ist in der vergangenen Nacht nach Moskau radiotelegraphisch übermittelt worden.

### Neue Waffenstillstandsverhandlungen?

Genf, 8. August.

Sowas meldet aus Warschau: Die unterbrochenen Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Polen und Rußland werden am heutigen Freitag wieder aufgenommen werden. Die Instruktionen der polnischen Bevollmächtigten gehen dahin, daß unter allen Umständen die Wessensruhe bis zum Sonntag herbeigeführt sein müsse, anderenfalls sind die Kampfhandlungen fortzusetzen, und zwar unter Ablehnung weiterer Friedensverhandlungen.

### Krieg oder Frieden?

II. London, 6. August.

Allen Anzeichen nach scheint der Krieg zwischen Rußland und den Alliierten unvermeidlich zu sein. Gestern abend wurde mitgeteilt, daß die Mobilisierung der englischen Flotte bevorsteht. England beachtete, jenseits des Ärmels an die polnische Front zu entsenden und einen Aufruf zur Anwerbung von Freiwilligen für die Unterstützung Polens zu veröffentlichen.

II. London, 6. August.

Nach Neuierungen des russischen Delegierten Kamenev ist nicht zu erwarten, daß die russische Regierung auf die neue englische Note eine, den englischen Wünschen entsprechende Antwort erteilen wird. Kamenev und Krassin rufen zur Abreise.

### Die Hilfeleistung für Polen

II. London, 6. August.

Die Regierung steht mit Frankreich in Unterhandlungen über die Maßnahmen, welche bezüglich der Lage in Polen getroffen werden müssen. Es soll ein großes Quantum Kriegsgeschütz beschafft werden, während bereits ein erheblicher Teil französischer Freiwilliger, Geschütze, Flugzeuge usw. unterwegs sind. Obwohl in England noch keine bestimmten Schritte unternommen worden sind, erwartet man, daß das Kriegsamt innerhalb weniger Tage einen Aufruf für Freiwillige erlassen wird und daß Maßnahmen getroffen wurden zur Mobilisierung der britischen Flotte.

II. Paris, 6. August.

Laut „Matin“ hat die französische Regierung im Bewußtsein dessen, daß die Unterstützung Polens für Frankreich von höchstem Interesse ist, den Alliierten in diesem Sinne Vorschläge gemacht. Man meldet, daß die französischen Truppen, die sich in der Nähe des Kriegsschauplatzes befinden, bald Befehl zur Teilnahme an den Operationen erhalten dürften. — In einem Interview durch den „Matin“ korrespondent erklärte Paderewski, Polen werde einen ehrenhaften Frieden annehmen im Einverständnis mit seinen Alliierten, jedoch nicht unter der Drohung der Sowjets.

### Das englische Doppelspiel

London, 5. August.

Im Unterhause fragte Wedgwood, ob die Alliierten einen Druck auf die Tschekoslowakei ausüben, damit diese Polen beistehe. Lloyd George erwiderte: Alles hängt von der Antwort ab, die wir von Rußland erhalten werden. Wenn die Antwort unbefriedigend ist, werden wir selbstverständlich auf jedermann einen Druck ausüben, damit er Polen die nötige Unterstützung leistet. Wedgwood forderte dringend eine Erklärung, daß, wenn die Antwort unbefriedigend sein sollte, kein Druck auf

die Tschekoslowakei oder andere Grenzstaaten im Sinne einer bewaffneten Intervention zugunsten Polens ausgeübt werde. Lloyd George sagte: Wenn die Antwort unbefriedigend ist, und wenn es völlig klar wird, daß die Sowjetregierung beabsichtigt, Polen zu unterdrücken, dann bin ich bestimmt nicht in der Lage, ein derartiges Versprechen zu geben.

Lloyd George fuhr fort: Das Telegramm der britischen Regierung hat der Sowjetregierung gesagt, daß der Frieden mit Polen nicht unter Ausschluß der Alliierten geschlossen werden darf, da sonst die Konferenz in London ausfallen würde. Es ergibt sich jetzt aber, daß die Sowjetarmee weit in das ethnographische Polen eingedrungen sind und wenn man aus dem verlangten Ausschub Vorteile ziehen will, wird England zu der Schlussfolgerung kommen müssen, daß die Sowjetregierung nicht beabsichtigt, die Freiheit und Unabhängigkeit Polens zu respektieren. Dann ist der Zustand da, der in dem britischen Telegramm vom 20. Juli an Tschtscherin erwähnt wurde. Lloyd George sagte weiter, daß bis jetzt keinerlei Antwort auf das Telegramm vom 19. Juli eingetroffen sei. Es wurde ihm aber mitgeteilt, daß Kamenev ein Telegramm seiner Regierung erhalten hat und daß dieser das Telegramm der britischen Regierung bekanntgeben wolle. Was darin stehe, wisse Lloyd George noch nicht.

Gestern hat Lloyd George zusammen mit Bonar Law eine Unterredung mit Krassin und Kamenev gehabt. Diese haben ihnen klargemacht, daß sie es ablehnen, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, es sei denn, daß die polnische Mission gleichzeitig Friedensverhandlungen beginnt. Die britische Regierung glaubt nicht, daß es der Sowjetregierung mit ihrem Friedensschluß ernst sei. Der einzige Weg, um diesen Verdacht zu schwinden zu lassen, wäre, daß man einen annehmbaren Waffenstillstand schließt. Der Verdacht werde aber noch vergrößert durch den Vormarsch in das ethnographische Polen.

Am Montag wird das Unterhaus eine offizielle Erklärung bezüglich der maritimen und militärischen Maßnahmen, die vielleicht notwendig sein werden, abgeben.

### Polnischer Frontbericht

II. Warschau, 6. August.

Amlicher Heeresbericht: Nördlich Ostrolenka Kämpfe in der Gegend von Wyszynka. Zwischen Ostrolenka und dem Bug wehrten unsere Abteilungen in der Gegend von Gierwin und Ostrolenka einen starken Angriff des Feindes ab. Westlich von Drohiczyn Kämpfe mit feindlichen Abteilungen, die den Bug überschritten hatten. Zwischen Drohiczyn und Brest hat unser gestern begonnener Gegenangriff den Feind auf das nördliche Bugufer zurückgeworfen. Starke Angriffe des Feindes in der Gegend von Brest und südlich davon nötigten unsere Abteilungen zur Aufgabe ihrer Stellungen bei Odrzwiez und Terespol. Um den Besitz dieser beiden Ortschaften wird noch gekämpft. Westlich von Drohiczyn finden weiter Kämpfe statt. Am Bereich wurden alle Angriffe abge schlagen. Die Angriffe der ukrainischen Abteilungen entwickeln sich günstig für uns.

### Vor den Augenwerken Warschaws

II. Kopenhagen, 6. August.

Aus Warschau eingetroffene Meldungen besagen, daß die Beschießungen vor den äußeren Befestigungsanlagen der Stadt stehen.

### Russische Verräter

II. Helsingfors, 6. August.

In der „Pravda“ wird eine Reihe von Namen derjenigen Personen veröffentlicht, die in der Roten Armee verantwortliche Stellen als Kommandanten usw. innehatten, die aber an der Front zu den Polen übergegangen sind. Alle diese Personen werden als Verräter an Sowjetrußland erklärt und ihre Familienmitglieder in Konzentrationslagern interniert.

### Der Boykott gegen Ungarn

Einstellung am 8. August

II. Wien, 6. August.

Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union meldet, wird der Boykott gegen Ungarn am 8. d. M. eingeleitet. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Jimmen, deplorierte: Obwohl die Lage in Ungarn noch unbefriedigend ist, hat die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Grund der allgemeinen Sachlage beschlossen, den Boykott vom 8. d. M. abzubringen. Die Motivierung dieses Beschlusses erfolgt durch ein Manifest.

Die „Arbeiterzeitung“ schreibt: Es ist nicht gelungen, die Vormacht der Reaktion in Mitteleuropa zu besiegen, jedoch ist Ungarn geschwächt. Der Plan des Proletariats, eine internationale Exekutive zu schaffen, haben keinen Erfolg gehabt, aber ebenso wie das Nihilieren eines Streiks nicht die Untauglichkeit der Waffe, sondern nur die augenblickliche Ungunst der Verhältnisse beweist, so ist mit dem teilweisen Mißerfolg des Boykotts gegen Ungarn nichts darüber gesagt, daß der Boykott überhaupt eine untaugliche Waffe wäre.

Sollen die nach dem Gesetz gewählten Betriebsräte ein Mittel zur Steigerung der Aktionskraft der Arbeiterklasse werden, so ist wichtiger als diese oder jene Bestimmung des Gesetzes die Zusammenfassung der einzelnen Betriebsräte zu einer fest gegliederten, einheitlichen Organisation unter entschlossener Führung und mit klarem Arbeitsplan. Will die Arbeiterklasse durch die Betriebsräte gesteigerte Macht erlangen und Macht entfalten, so müssen die Betriebsräte selbst eine Macht darstellen. Das gelingt nicht in ihrer Vereinzelung und Bestreutheit über die Betriebe des Wirtschaftsgebietes, sondern wird erst möglich durch die Bildung von Zentralkörperchaften aus der Masse der Einzelbetriebsräte.

Diese Einsicht stand an der Wiege der Betriebsrätebewegung. Die deutsche Arbeiterschaft hat daher die Organisation der Betriebsräte sofort in Aussicht genommen. Ihre Verwirklichung wurde verzögert durch den Kampf um die Betriebsräte selbst, den die Arbeiterklasse nicht nur gegen ihre natürlichen Gegner zu führen hatte, sondern der auch innerhalb der organisierten Arbeiter- und Angestellten-schaft ausgetragen war, und zwar hier als ein Streit um den Inhalt der Betriebsräteforderung und den Zweck der Räteorganisation.

Dieser Streit ist durch die Einigung zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und den aus der ersten Epoche der Arbeiterräte überkommenen Betriebsrätezentralen auf Grund der jüngst veröffentlichten Statuten zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Einigung gibt uns Anlaß, noch einmal in ausführlicherer Darstellung rückwärtend den Weg zu überblicken, den der Gedanke der Betriebsräteorganisation zurückgelegt hat, und die durch die Verständigung in Berlin gegebene Situation zu überprüfen.

Die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats mühten den Betriebsräten, die sich zu einem entscheidend mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben zu entwickeln ansahen, von vornherein die größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Nürnberger Gewerkschaftskongreß im Juni vorigen Jahres, die Galaparaade der wohlgesinnten Gewerkschaftsfunktionäre, beschäftigte sich mit der Frage. Er schuf Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften. Er setzte Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte an die erste Stelle der Richtlinien, ließ aber durch die Formulierung dieser Bestimmungen sofort erkennen, daß es ein verhängnisvoller Irrtum gewesen wäre, wenn die Arbeiterschaft aus dieser vorzugswesisen Behandlung des Betriebsräteproblems geschlossen hätte, die in Nürnberg Versammelten seien sich in ihrer Mehrheit des grundlegenden Wesens einer Räteorganisation bewußt und zugleich bereit gewesen, ihm Rechnung zu tragen.

Die Bestimmungen des Gewerkschaftskongresses reden zwar auch ein wenig von planmäßiger Umwandlung der Produktionsform in der Richtung der Gemeinwirtschaft, aber sie geben jenen Betriebsräten, die damals am fernsten Horizont des Vorstellungskreises der bewährten und erfahrenen Repräsentanten der deutschen Gewerkschaften als zweifelhafte Schemen auftauchten, kein wirksames Mittel zur Durchsetzung des Willens der Arbeiterklasse in der „Richtung der Gemeinwirtschaft“.

Betriebsräte seien Organe der Betriebsdemokratie, verfügte der Kongreß, einer Betriebsdemokratie wohl gemerkt, bei der die vielen, die Tausende der Arbeiter und Angestellten das gleiche Maß von demokratischem Recht besitzen, wie bei einer allmächtigen Betriebsdirektion. So will es die Parität, ein Prinzip, das beim Abschluß von Tarifen wohl schicklich ist, das aber zum Himmel ausartet, wenn man es schablonenhaft auf alle Beziehungen der Arbeiterschaft zur Produktion anwendet oder gar zum obersten Grundgesetz des Kampfes der Arbeiterklasse macht.

Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit, heißt es in den Bestimmungen des Gewerkschaftskongresses. Die Aufgaben der Betriebsräte werden mithin „auf Grund gesetzlicher Mindestbestimmungen“ in den Kollektivverträgen festgelegt.

Das heißt, sie werden mit den Unternehmern von Fall zu Fall vereinbart, sie können verändert, erweitert oder gemindert werden, je nach Lage des Kräfteverhältnisses zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband bei jeder Erneuerung eines Tarifes. Die Betriebsräte selbst aber werden damit zu ausführenden Organen der Gewerkschaften, zu Fabriklausehülften älteren Stils. Sie sind nur imstande, sich im Rahmen der bestehenden Grenzen zu bewegen, die sich ihre Gewerkschaft aus mehr oder minder zufälligen Gründen enger oder weiter gezogen hat. Ein Zusammenwirken der Betriebsräte verschiedener Produktionszweige wäre auf solche Art nur kümperhaft möglich oder gar unmöglich geworden. Denn wie können Körperchaften nach gemeinsamem Plan auf ein gleiches Ziel — die Gemeinwirtschaft — hinwirken, deren

**Rechte und Wirkungsmöglichkeiten in der Praxis** so verschieden von einander sind, wie die zahlreichen Tarife? Auch gesetzliche Mindestbestimmungen würden daran nichts ändern, sie müssten dann so weit gesteckt sein, daß von „Mindestbestimmungen“ kaum noch die Rede sein kann.

Sag hier lediglich ein Denkfehler vor, der in der widerspruchsvollen Gestalt des Nürnberger Rätegerichts zum Ausdruck kam, oder verbarg sich hinter die Formulierung der Bestimmungen eine bewußte Absicht? Die Tatsache, daß die Bestimmungen der Betriebsräte an konkret formulierten Befugnissen nur solche zuweisen, die einer rein gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretung zukommen, zwingt uns, das Letzte anzunehmen und auf eine Absicht zu schließen. Der Verdacht wird noch stärker, wenn wir in Verbindung mit den Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte eine andere Resolution betrachten, die von Adolf Cohen stammt und ebenfalls vom Gewerkschaftsfongress angenommen wurde. Dort heißt es: „Die Arbeitsgemeinschaften . . . sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter . . . zu verwirklichen“ — das Mitbestimmungsrecht, das durch die Betriebsräte ausgeübt wird. Hier zeigt sich noch deutlicher als in den Bestimmungen, wie sich die Herren in Nürnberg die Sache vorgestellt haben.

Große Teile der Arbeiter und Angestellten haben diese Zielsetzung für die Betriebsräte denn auch abgelehnt. Nach ihrer Auffassung sollen die Betriebsräte Organe des sozialistischen Willens der Arbeiterklasse sein, die ungehemmt durch paritätische Bedenken, den Organismus einer kollektiven Wirtschaftsführung herausbilden, der immer weitere Kreise der Produktion ergreift mit dem Ziel, das Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit zu umfassen. Ein solcher Organismus ist nur wirkungsfähig auf Grund gleichen Rechtes und gleichen Willens aller seiner Organe. Unterschiede zwischen den Rechten und der Zielsetzung der Betriebsräte in den einzelnen Produktionszweigen dürfen nur in nebensächlichen Punkten Platz greifen, wenn sie nicht störend und hemmend wirken sollen. Mehr als anderwärts darf hier nur das letzte Ziel und ein letzter Wille der Arbeiterklasse die Richtung bestimmen. Berufliche Grenzen müssen ebenso überwunden werden, wie berufliche beschränkte Denken, weshalb die Forderung berechtigt ist, die Betriebsräte nach der Struktur des Wirtschaftslebens planmäßig in Industriegruppen zu organisieren.

Das Betriebsrätegesetz ist grundschlecht. Es hat die Befugnisse der Betriebsräte auf ein Mindestmaß reduziert, aber es hat doch die Grundlage der gleichen Befugnisse geschaffen. Fügt das Proletariat dazu den gleichen Willen und das einheitliche Ziel, so läßt sich damit immerhin ein Anfang machen, der durch die innere Logik der Dinge bei energischer Ausnutzung aller Möglichkeiten — nicht des Betriebsrätegesetzes, denn die sind sehr mäßig, sondern einer guten, einmütigen Betriebsräteorganisation — bald über sich selbst hinauswachsen und starke Wirkungen auslösen kann.

In breiten Schichten der deutschen Arbeiterklasse hatte dieser Gedanke einer Betriebsrätebewegung mit so hoher (durch die Schranken des Betriebsrätegesetzes in der Verwirklichung leider stark gehemmter) Zielsetzung schnell festen Fuß gefaßt. Die energiestärkenden Elemente hielten sich bereit, den kürzesten, von fremden Einflüssen am wenigsten beherrschten Weg zum Ziel zu gehen. Die selbständige, von den Gewerkschaften völlig losgelöste Betriebsräteorganisation schien ihnen dieser Weg zu sein. Die seitliche Formel, die die Nürnberger Mehrheit für die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Betriebsrätegebiet zusammengefaßt hatte, steigerte den Widerstand gegen eine Verbindung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften.

Gehen wir von dem Gedanken aus, daß die Betriebsräte in ihrer Vereinigung zu großen, ganze Industrien, ja das ganze Wirtschaftsgebiet umfassenden Korporationen einen Organismus zur Vorbereitung und Verwirklichung sozialistischer Produktionsformen, gleichsam „Behörden der Sozialisierung“ sein sollen, so können wir nicht leugnen, daß für die Tätigkeit solcher Gebilde andere Maximen richtunggebend sein müssen, als die in Nürnberg beschlossenen. Auch andere aus dem überkommenen Wirkungskreis der Gewerkschaftsbewegung entspringende Tendenzen mußten das Bedenken nachrufen, ob die zum Teil sehr harmonie- und orientierten Gewerkschaften geeignet sein würden, dem Willen der Betriebsräte jenes Maß von Spielraum zu gewähren, dessen sie zur Lösung ihrer Aufgaben bedürfen. Diese Aufgaben, richtig erkannt, gestatten es den Betriebsräten nicht einmal,

ihre Augenmerk allein auf den ohnehin weitergesteckten Kreis des Industriezweiges gerichtet zu halten. Sie zwingen die Betriebsrätekoalitionen, die Wirtschaft stets als Ganzes aufzufassen, die Volkswirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft zu überschauen. Es liegt auf der Hand, daß der Betriebsrat der Metall- oder Textilindustrie, der sich als Triebkraft und Organ einer ordnenden, sozialistischen Wirtschaftsführung, einer planmäßigen Organisation der Arbeit fühlt, das stärkste Interesse haben muß — nicht nur an den Bedingungen und Zusammenhängen der Produktion in seiner engeren Industrie, sondern gleichzeitig an den Zuständen in den Rohstoff- und Produktionswertindustrien, im Transportwesen, sowie an den Möglichkeiten der Kraftgewinnung und -ausführung. Er kann in Situationen kommen, die ihn zwingen, bestimmte Interessen seiner Branche, die auch Existenzinteressen der darin beschäftigten Arbeiterklasse sein können, den stärkeren Forderungen des Wirtschaftsorganismus unterzuordnen oder gar zum Opfer zu bringen.

Die Frage taucht auf, ob Gewerkschaften, deren Interessengebiet vorwiegend die Berufslage ist, solcher Aufgabe gewachsen sein werden. Nicht zu unrecht wurde sie gestellt. Gewiß vermögen wir uns Gewerkschaften vorzustellen, die sich mit der nötigen Eignung der Pflicht unterziehen, Organismen einer sozialistischen Organisation der Arbeit zu bilden. Es wird mit Recht von vielen Seiten darauf hingewiesen, daß in Rußland den Gewerkschaften die Aufgabe gestellt wird, die hier den Betriebsrätekoalitionen vorbehalten, und daß sie sie lösen. Aber sind die deutschen Gewerkschaften von solcher Art? Einige gewiß, — und zu ihnen haben wir auch in bezug auf die Betriebsräte das stärkste Vertrauen — aber bei den meisten dürften doch wohl gewisse Bedenken gerechtfertigt sein. Gehört zur Erfüllung der oben gekennzeichneten Betriebsräteaufgaben neben einem hohen Maß von Kenntnis und Unerblichkeit nicht auch ein starkes revolutionäres Bewußtsein? Ist es den Gewerkschaften eigen oder ist es aus dem Willen unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen? Für manche Gewerkschaften wollen wir auch diese Frage gern bejahen, für viele indes nicht.

Andererseits gibt uns das Betriebsrätegesetz in bezug auf die Organisation der Betriebsräte nicht mehr jenes Maß von Freiheit, das wir uns wünschen möchten. Das Gesetz nimmt den Gewerkschaften ihre Kabinetsausschüsse, deren sie dringend bedürfen. Es gibt ihnen dafür die Betriebsräte, die es mit vielfältigen Aufgaben beauftragt, die unbestritten im Wirkungskreis der Gewerkschaften liegen, mögen wir diesen Wirkungskreis auch noch so eng ziehen. Wozu noch zu bemerken ist, daß eine starre Begrenzung des Arbeitsfeldes der Gewerkschaften nicht einmal in der Theorie, geschweige denn bei der praktischen Arbeit möglich ist. Schon heute erheben jene Verbände, die in sich den Willen und die Kraft fühlen, alle wirtschaftspolitischen Aufgaben zu lösen, die die sozialistische Revolution dem Proletariat stellt, für sich Anspruch auf das ganze Gebiet der Rätearbeit. Eine erfreuliche Erscheinung, die für den fortgeschrittenen Geist und den revolutionären Willen dieser Gewerkschaft zeugt, und deren Ausbreitung auf andere Organisationen wir nur wünschen können. Es erscheint uns als Ausfluß einer seitlichen Logik, die in diesen Organisationen tätigen Genossen darum des Verrates am Rätegedanken zu zehren und sie mit dem Parteibann zu bedrohen, wie es gelegentlich geschehen ist.

Der Anspruch der Gewerkschaften auf einen Einfluß auf die Betriebsräte wird denn auch von der Arbeiterklasse anerkannt, wie von der anderen Seite her deutlich eine Annäherung an die Forderung einer gewissen Selbständigkeit der Betriebsräte auf ihren besonderen Gebieten zu spüren ist. So haben wir uns allmählich dem Gedanken einer Verschmelzung zwischen Betriebsräte- und Gewerkschaftsbewegung genähert, wie aus allen vorliegenden Klängen für die Organisation der Betriebsräte erkennbar ist. Wir wollen das in einem zweiten Artikel näher darzulegen suchen.

**Misshandlung auf der Bahn.** Auf dem Bahnhof in Neuhoß bei Juba haben Bahnangestellte und Arbeiter seit längerer Zeit die Bahngastenden beraubt. Sie haben auf der Bahn eine Straße zurückgelegt und unterwegs die gestohlenen Waren hinausgeworfen. Helfersbesser haben bereit, um die Waren in Empfang zu nehmen. Der Wert der entwendeten Bahngüter wird mit einigen Millionen angegeben. Bis jetzt sind 29 Personen als beteiligt ermittelt worden, 16 als Diebe und 13 als Helfer.

## Die Heeresverminderung

Zur Durchführung der Heeresverminderung laut Abkommen von Spaa wird den „F. B. N.“ geschrieben:

Das Heeresverminderungsabkommen veranlaßt den für die Heeresverminderung des Heeres auf 100 000 Mann grundlegenden Befehl des Reichswehrministers. Bekanntlich verpflichtet uns das Abkommen von Spaa, die Reichswehr zum 1. 10. 1920 auf 150 000 Mann und zum 1. 1. 1921 auf 100 000 Mann zurückzuführen. Zu diesem Zeitpunkt muß das Heer die im Vertrag von Versailles vorgeschriebene Gliederung von sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen erreicht haben. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember dürfen noch drei weitere Reichswehrbrigaden bestehen bleiben.

Die Anordnungen des Reichswehrministers sehen vor, daß die endgültige Gliederung bereits zum 1. Oktober erreicht wird. Die bis 31. Dezember noch zugebilligten 50 000 Mann werden in drei Reichswehr-Brigaden untergebracht. Da hierdurch die zugebilligten 50 000 Mann nicht aufgebraucht sind, ist der Rest auf die Wehrteile verteilt worden, die entweder die bestehenden Verbände verstärken können, oder wenn dies nicht durchführbar oder zweckmäßig ist, kleine Einheiten bilden werden, die den Truppenteilen der Stamm-Divisionen angeschlossen werden. Es soll hierdurch erreicht werden, daß endlich eine Beruhigung der bisher noch schwankenden Verhältnisse des Heeres eintritt, daß sowohl die Heeresangehörigen, wie die Bevölkerung sieht, was endgültig aus dem Heere wird und wo künftig Garnisonen bleiben. Die überzähligen Verbände werden sodann vor dem 1. Januar 1921 mit den endgültigen verschmolzen werden, jedoch so, daß alle gleichmäßig dabei bedacht werden.

Wichtiger als vorstehende Frage ist für die Allgemeinheit die: wer soll dem künftigen Heere angehören? Ueber diese Frage wünschen alle Reichswehrangehörigen und ihre Familien bald Klarheit. Da wir jetzt eine Heeresstärke von 200 000 Mann haben, so ist es klar, daß fast jeder zweite Mann (Offizier wie Mann) bis zum 1. Januar auscheiden muß. Unendlich schwer ist die Lage der Heeresverwaltung, das beste Soldatenmaterial auszuwählen, waren doch die in die heutige Reichswehr übernommenen schon auf peinlichste ausgewählt. Unter Gleichwertigen muß daher oft eine Entscheidung getroffen werden und der, gegen den sie fällt, wird mit einer begreiflichen Verbitterung scheiden. Er wird härter als jeder andere die Schwere der Friedensbedingungen empfinden. Die Auswahl wird einzig und allein nach dienlichen Rücksichten vorgenommen werden.

Diese Zustände stammen aus dem Reichswehrministerium. Es soll damit der Öffentlichkeit vorgetäuscht werden, als besäße sich diese oberste Befehlsstelle bei der Heeresentscheidung der größten Objektivität. In Wirklichkeit ist aber die Frage: Wer soll dem künftigen Heere angehören? längst gelöst. Nach Seeckts unerschütterlichem Willen, den die Ruff Dr. Gehler nicht durchkreuzen kann und vor dem auch das Parlament lurcht, werden alle diejenigen entlassen, die irgendwie der republikanischen Gesinnung verdächtig sind. An ihre Stelle rücken die Neutierer und Eidbrecher, die am 13. März die Regierung zum Teufel jagten und die auch jetzt mit schwarz-weiß-roten Fahnen ihre Freundschaft gegen die Republik bekunden. Schwierigkeiten entstehen dabei absolut nicht, weil der Militarismus in Deutschland immer noch mit einer Sorgfalt gepflegt und verpöppelt wird, wie zu Wilhelms seligen Zeiten.

## Widerstand gegen die Wehrpflicht

In Utsch (Böhmen) finden gegenwärtig Musterungen von Wehrpflichtigen statt, zu denen außer Staatsangehörigen niemand erschienen. Deshalb wurden Truppen nach Utsch beordert. Die Leute, deren man habhaft wird, werden zur Sammelstelle gebracht und dann gemustert. Im ganzen hat man bis jetzt 20 Musterungspflichtige zur Stelle gebracht. Die übrigen sind geflüchtet, und zwar teils nach Bayern, teils nach Sachsen, teils in die Wälder des Gebirges. Da mit militärischen Zwangsmahnen gegen die Stellungspflichtigen vorgegangen wurde, ist in Utsch der Generalstreik proklamiert worden.

Die internationale Donauflorenz beschloß, den Entwurf der Konvention, welche von der französischen Delegation ausgearbeitet ist, als Grundlage ihrer Tätigkeit anzunehmen. Sie behandelt sofort Artikel 1, worin die allgemeinen Prinzipien bezüglich der Freiheit der Donauschiffahrt festgelegt werden. Die Konferenz wird bis 1. September auf Bitten der Rumänen, Jugoslawen und Tschecho-Slowaken vertagt, die sich über ihre allgemeinen Prinzipien der Donaufahrt mit ihren Regierungen verständigen wollen.

Entlassener Schwindler. In einigen Berliner Wäldern wurde von einer Räuberbande in Norwegen geschwindelt. Hierzu erklärte das norwegische Telegraphenbureau, daß die Meldung über bolschewistische Antrieben in Norwegen auf freier Erfindung beruht. Im ganzen Lande herrscht vollkommen Ruhe und Ordnung. Der Schwindler ist von den antibolschewistischen Obergantern fahrigiert worden, um die Welt in Angst zu setzen.

## Sozialismus und Religion

### Aber Revolutionierung des religiösen Triebes

Von Paul Krüger.

Ein außerordentlich bedeutungsvoller Vorgang in der gegenwärtigen revolutionären Bewegung ist bisher noch ziemlich unbekannt geblieben. Gegen den jähren Widerstand einiger Führer hat nämlich die Bezirks-Generalversammlung Groß-Berlin der U.S.P. beschlossen, daß zu den Kommunalwahlen Groß-Berlin nur Kandidaten der U.S.P. anzustellen sind, welche keinem religiösen Bekenntnis angehören. Damit hat wiederum einmal die im revolutionären Sinne vorwärtsdringende, zielbewusste proletarische Masse ihren richtigen Instinkt bewiesen. Wer in der proletarischen Bewegung steht, erlebt es ja fast in jeder Versammlung, wie heftig sich die religiösen Probleme die Massen beschlagigen, wie eine Revolutionierung auch auf dem Gebiete arbeitet, das bisher noch, diesen unbewußt, als bürgerlich-reaktionärer Boden im sozialistischen Programm lagert. Auch hier sind die rabiaten Massen der U.S.P. führend, während in Kreisen der Rechtssozialisten die härtesten Bekämpfer dieser Bewegung in der Vereinigung für religiösen Sozialismus, bei den sozialistischen Pfarrern zu finden sind.

Von jeher ist die materialistische Geschichtsauffassung des Marxismus christentumsfeindlich. Marx, Kautsky und Bebel haben nie aus ihrer Gegnerschaft gegen das Christentum (nicht etwa nur gegen die Kirche) Hehl gemacht und in seiner Schrift: Christentum und Sozialismus bekennend Bebel ausdrücklich: „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“

Trotzdem hat das Erfurter Programm den neutral gerichteten Satz: „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.“ Auch das Leipziger Aktionsprogramm der U.S.P. hat als Punkt 8 die neutrale Fassung des Religionsparagrafen im Erfurter Programm nahezu wörtlich aufgenommen. Es ist ein Zeichen des lebendigen revolutionären Flusses unserer Zeit, daß unter den zielbewußten Proletariern die Einsicht zunimmt, wie unangemessen, veraltet, unrevolutionär, unerheblich dieses Verlegenheits- und Kompromißprodukt eines sonst so revolutionären Programms ist. Der Beschluß der Berliner Generalversammlung, der sich klar von dieser neutralen Stellung des Programms entfernt, beweist es. Es ist eine Illusion und widerspricht dem im Marxismus lebendigen Begriff der Relativität, daß irgendein Gebiet des menschlichen Denkens sich dem großen revolutionären Strom unserer Zeit entziehen kann.

Das Religiöse, Wertvolle der Revolution liegt im Schöpferischen. Ob wir uns auch noch so sehr sträuben, auch auf dem ethischen Gebiet wird unsere Zeit revolutionierend wirken, das bedeutet, daß eine lediglich ablehnende oder neutrale Stellung

gegenüber religiösen Problemen nicht möglich ist, auch hier will Neues werden. Vielfach verhalten sich sozialistische Führer gerade hierin ablehnend, weil sie Religion und Ethik für Gesinnungswesen oder für etwas außerhalb des marxistischen Denkens Liegendes, Persönliches, Gefühlsmäßiges und darum Unberührbares halten. Die Vernachlässigung ethischer Probleme im Sozialismus ist auch daher erklärlich, da ethische Bewegungen stets gegen die wirtschaftlichen Grundlagen des Marxismus aus moralischen und gefühlsgemäßen Antrieben vorgehen. Die ungeheure Bedeutung der religiösen Bewegungen in der bisherigen Kulturgeschichte und die heute zweifellos zu beobachtende neue religiöse Welle sollten uns aber belehren, daß diese Stellung der Geringschätzung verfehlt ist. Schon 1906 hat das Kautsky erkannt, als er mit seiner Schrift: „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“ den ersten Versuch machte, eine sozialistische Ethik, aufbauend auf den natürlichen sozialen Trieben, im Gegensatz zur christlichen Ethik als wichtiges Problem anzustellen. Jetzt tritt an den Sozialismus die große Aufgabe heran, eine solche sozialistische Ethik aufzubauen. Er kann sie nur erfüllen unter Ablehnung jeder christlichen ethischen Anschauung, die in ihrem Erlösungsgedanken, mit ihrem Kernproblem der Läuterung der Einzelseele individualistisch und illusionär (bürgerlich), mit ihrer Gegnerschaft gegen die Natur, das Triebleben unrealistisch, mit ihren Vorstellungen von Gott, Unsterblichkeit, Himmel und Hölle ein System des primitiven Weltbildes früherer Zeiten, ein System der Abhängigkeit ist, während die sozialistische Ethik, auf neuzeitlich-wissenschaftlichem Weltbilde beruhend, von jeder Abhängigkeitsvorstellung revolutionär befreiend in der Stellung zur Natur und zur Gesellschaft als Sozialistischer Arbeit Gemeinschaftswerte pflegt. (Gemeinschafts-Liebe.)

Religiös als Anregung gedacht und zwecks weiterer Aussprache und Behandlung vorzuschlagen, bringe ich nachstehend in Vorschlag, was mir im Sinne einer wahrhaft revolutionären Fassung an Stelle von Punkt 8 des Aktionsprogramms und Punkt 6 des Erfurter Programms (Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit) geboten erscheint:

Vertretung der religiösen Kräfte und der ethischen Betätigung von der unwissenschaftlichen Denkweise, dem Abhängigkeitswesen und der illusionären, bürgerlichen Ideologie der bisherigen religiösen Bekenntnisse. Ausschaltung des religiösen Triebes zum Gemeinschaftserlebnis in der Natur (sozialistische Gemeinschaft) und zur Gemeinschaftsbetätigung in der Gesellschaft (sozialistische Ethik).

Einführung der Gemeinschaftskunde in die Schule und das sonstige Bildungswesen.

Völlige Trennung von Kirche und Staat.

Kirchliche und religiöse Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu erklären.

## Entwaffnung

Von Kaspar Hauser.

Dorf im Rührrevier, Hausung nach Waffen durch die Reichswehr. Absperrung rechts — Absperrung links. Hüfte des Bergmanns gegen Stamm. Die ganze Familie steht angsterfüllt in dem kleinen Wohnraum. Es ist sieben Uhr abends.

Der Leutnant. Sie die Waffen raus, du Hund —!

Der Bergmann. Wir haben keine Waffen!

Der Leutnant. 'n paar in die Tasche, du Spartaß! Die Waffen!

Der Bergmann. Es sind keine Waffen im Haus, Herr Leutnant!

Der Leutnant. Du sollst ja damals, als Rapp regierte, mit einem Gewehr gesehen werden sein . . . ?

Der Bergmann. Das Gewehr habe ich abgeliefert. Weiter habe ich nichts.

Der Leutnant. Nachsehen!

(Die Horde wühlt das unterste zu oberst. Köpfe rollen zu Boden, die Kinder schreien, eine Uhr zerbricht, die Frau weint. Der Mann steht stumm.)

Der Leutnant. Soll ich dich — —! Wo sind die Waffen, du Kogelstumm?

Der Wachtmeister. Der ist mal 'n bißchen nachhelfen, Herr Leutnant. — So — von weien — —!

Der Leutnant. Nachher, Wachtmeister, nachher. Wollen mal sehen — —!

(Ungehöriges Geschrei. Drei Mann bringen triumphierend eine kleine Kinderstube an, die sie in einem Schrank gefunden haben. „Hia! Hia! Hia ihm! Ho Leutnant! Der Was — —!“)

Der Leutnant. Ra?

Der Bergmann. Die gehört meinem Jungen.

Der Leutnant. Du kommst an die Wand, mein Sohn!

(Regenstamm wird verhaftet. Sein Weib beriecht eins vor den Leib. Die Kinder weinen. Die Reichswehr entfernt sich stramm und preußisch, Regenstamm knuffend und pustend. Man hört die Stimme des Leutnants: Bericht an den Reichskommissar! Bericht an den Reichskommissar! Absperrung rechts. — Absperrung links.)

Groß-Mollnow in Pommern. Vor dem Gutshaus sind zwei Automobile vorgefahren. Im ersten ein Stabsoffizier, mit einem Gesicht wie guter alter Portwein. Das Ronelle blüht in der Sonne, die Lebergamaschen funkeln, die Kasse leuchtet. Er steigt fröhlich pfeifend aus. Im zweiten Wagen Unteroffiziere und andere uniformierte Richter. (Immer.)

Der Stabsoffizier. Hallo!

# Wilhelm Herzog funkt!

## Ein Beitrag zum Thema Parteischädigung

Unser Hamburger Parteiorgan, die „Volkszeitung“, hält es für zweckmäßig, einen Funktbericht des so sehr zur Unzeit nach Moskau abgereisten Wilhelm Herzog über eine Unterredung mit Karl Kadel zu veröffentlichen. Kadel wandte sich, heißt es in dem Bericht, „mit äußerst scharfen Worten gegen die Taktik des Zentralkomitees der U. S. P. D.“

„Während Engländer, Italiener, Franzosen, Amerikaner, Jaber, Chinesen, Koreaner seit Wochen und Monaten den Weg nach Moskau gefunden hätten, glänzten allein die Deutschen durch Abwesenheit.“

Die Pöcherlichkeit ihrer Ausreden sei unbestreitbar. So sprechen Händler, schlechte Kaufleute, jedenfalls keine Revolutionäre. Entweder wollen sie den Anschluß an die Dritte Internationale oder sie wollen ihn nicht. Aber unwürdig ist es einer revolutionären Partei, die Pfaffen der bürgerlichen Diplomatie im Verkehr mit dem Exekutivkomitee der Dritten Internationale zu verwenden (Papiermangel, keine Zeit vor den Wahlen und ähnliches).“

So Kadel. Herzog wandte darauf ein, daß doch zu hoffen sei, daß die deutschen Delegierten am Kongreß als Mitglieder der dritten Internationale teilnehmen werden. Kadels Antwort darauf lautet:

„Es sind im Irrtum, beim zweiten Kongreß werden sie eben, wenig dabei sein wie beim ersten. Gleichviel, ob sie kommen oder nicht, so werden sie doch keineswegs mit einem Mandat als vorbehaltlose Anhänger der Dritten Internationale kommen.“

Was die Veröffentlichung einer derartigen völlig überholten Meinungsäußerung Kadels bezwecken soll zu einer Zeit, da unsere Delegierten tatsächlich in Moskau weilen, um mit der Dritten Internationale zu verhandeln, ist uns unbegreiflich.

Nach einigen Betrachtungen Kadels über die zweite und über eine eventuelle dritte Internationale äußerte sich Kadel über die nach seiner Ansicht zu erwartende Methode der Verhandlungen der Vertreter der dritten Internationale mit unseren Genossen. Kadel erklärte:

„Jede eine Neigung zu langen Redensarten besteht bei uns nicht. Wenn sie glauben, daß sie uns durch die fünf Millionen Wähler imponieren können, so antworten wir ihnen mit der „Deutschen Tageszeitung“. Die Millionen werden mit den Kommunisten gehen in jedem praktischen Kampf, nicht mit den Führern, die sie betrügen wollen.“

Diese Voraussage Kadels ist nicht eingetroffen. Erstensweise nahmen die Moskauer Genossen nicht eine so brisante Haltung gegenüber unseren Delegierten ein, wie aus den bereits vorliegenden, allerdings unzulänglichsten Berichten hervorgeht. Deswegen sind wir auch hier im unklaren darüber, welches Parteiinteresse eine derartige Veröffentlichung im gegenwärtigen Augenblick erheischt.

Kadels merkwürdige Animosität richtet sich aber nicht etwa gegen den sogenannten „rechten Flügel“ unserer Partei, was uns den Abdruck des Berichts in der Hamburger „Volks-Zeitung“ noch erklärlich machen würde, sondern — wie schon eingangs gesagt — gegen die Taktik unseres Zentralkomitees, das heißt also gegen die beauftragten Vertreter der Auffassung der Gesamtpartei. Ueber den rechten und linken Flügel unserer Partei äußerte sich Kadel ausführlicher wie folgt:

„Das traurige Kapitel in der Geschichte scheint mir, sind nicht die rechten Führer der U. S. P., sondern die linken. Man kann sich über die rechten Führer entziehen oder nicht, eins ist klar: sie handeln konsequent, denn sie wollen keinen Anschluß. Die linken Führer wollen den Anschluß, aber sie trauen so wenig der revolutionären Kraft und Einsicht der hinter ihnen stehenden Arbeitermassen zu, daß sie nicht wagen, mit ein paar Advokaten und ein paar Journalisten zu brechen, die den Willen der Massen dauernd sabotieren und dauernd mißachten.“

Alles das wird an der Spitze eines Blattes derselben Partei abgedruckt, die hier in der vorstehenden Weise beschimpft wird, ohne daß es die Redaktion des betreffenden Parteiorgans für zweckmäßig hielte, ein Wort dazu zu bemerken. Das wäre ein leichtes gewesen, denn in dem Bericht des Zentralkomitees über die Verhandlungen mit Moskau sind viele der Angriffe Kadels bereits im voraus widerlegt worden.

Am Tage vor dem Erscheinen dieses Berichtes beschäftigt sich die „Hamburger Volks-Zeitung“ — ebenfalls an leitender Stelle — mit der Redaktion der „Freiheit“. Vor kurzem haben wir uns genötigt, den Hamburger Genossen in einigen energischen Bemerkungen auf sorgfältige Anmerkungen zu antworten, in denen das Hamburger Blatt uns beschuldigte, wir hätten Wilhelm Herzog verleumdete. Die Neuerscheinung des Hamburger Blattes mußten wir als parteischädigend bezeichnen.

Dagegen verhält sich unser Hamburger Organ in dem erwähnten Artikel. Es bemüht sich, den Saft umzubringen und uns der Parteischädigung zu zeihen. Ohne Beweise vorzutragen, stellt das Blatt die Behauptung auf, wir hätten unsere Aufgabe darin, die Durchführung der Beschlüsse unseres Leipziger Parteitages zu

Der Gutsbesitzer Herz von Mollnow (tritt aus dem Hause). Mojen, Mojen, die Herren! Allezjels luten Mojen! Der Stadsoffizier. Na, Mollnow — wo ist der dritte Mann zum Glas —?

von Mollnow. Der Pastor hat schon drin, Herr Major. Krüftel serviert. Alles in Butter. Wessensuche kann beginnen. Es ist nicht da —!

Der Stadsoffizier (dienstlich zum zweiten Wagen). Feldwebel Kennentamp! — aussteigen — das Gut nach Waffen durchsuchen — alles genau nachsehen —!

Der Feldwebel. Jawoll, Herr Major —!

von Mollnow. Und nachher frühlichen Sie wohl 'n bißchen im Wirtschaftsgedäude — es ist alles serviert —!

Der zweite Wagen. Danke gehorsam! —!

Der Stadsoffizier (zum Feldwebel, leise). Was hat Sie denn für Leute? Zuverlässig?

Der Feldwebel (ebenfalls leise). Alles gute Leute, kaisertreu bis auf die Knochen. Ein Neuer ist dabei. . .

Der Stadsoffizier. Lassen Sie 'n bißchen auf ihn auf. Daß mir keine Ungelegenheiten vorkommen, Kennentamp! —!

Hier ist nichts, verstanden?

Der Feldwebel. Zu Befehl, Herr Major. Hier ist nichts. Der Stadsoffizier (laut). Also dann anfangen —!

Der zweite Wagen (grinst).

von Mollnow. Darf ich Herrn Major bitten — hier gleich die Freitreppe hinauf — ich habe hinten im Pavillon decken lassen — Hummer und guter alter Schnaps — Es lebe die Wessensuche —!

Der Stadsoffizier. Na, ich weiß ja, Mollnow — sind 'n ordentlicher Mann! Bei Ihnen finden wir nichts —!

von Mollnow. Nein, Herr Major, bei mir finden Sie nichts —!

(Weide ab unter Gelächter. Man hört die Stimme des Stadsoffiziers: Bericht an den Reichskommissar! Bericht an den Reichskommissar! —!)

## Eingegangene Schriften

Arnold Zwiel, Das städtische Berlin, 30 farbige Zeichnungen von Hermann Strub, Weidmann Berlin, Preis, gebunden 50 M.  
Der Jude, Monatshefte, Heft 1, April 1920, Jüdischer Verlag, Berlin.  
Die brennende Witz, Band 4: Thoma Trauer; Heft 5: Band 6: Die Witz der Witz; Die Unberührten (zwei Bände); Band 6: Witz der Witz; Politische Ironie; Die Witz der Witz; Band 7: Witz der Witz; Die Witz der Witz (zwei Bände); Preis jedes Bandes 4 M. Verlag S. Fischer, Berlin.  
E. Schwanitz, Die russische Revolution und das internationale Proletariat, zum zweiten Jahrestag der proletarischen Umwälzung in Rußland, Verlag der Kommunistischen Internationale 1920.  
Kadow und Trapp, Wirtschaft in Sowjetrußland und Weltmarkt, Zusammenfassend und Mitteilungen, Verlag U. Gieseler & Co., Berlin, 3 Bde.

„sabotieren“. Es sei deshalb Zeit, daß in der Redaktion der „Freiheit“ Ordnung geschaffen wird und die Saboteure der Partei daraus verschwinden.“

Auf die Angelegenheit Herzog kommend, wiederholt der Artikel zunächst die alten Unrichtigkeiten. Gegen Herzog seien „Vorwürfe“ erhoben worden, und diese Vorwürfe haben zu dem „Briefe der Zentrale“ geführt, ohne daß Herzog gehört worden wäre.“ Wir erinnern daran, daß dieser Brief einen zarten Wink an die Hamburger Genossen enthielt, sie möchten Wilhelm Herzog von der Liste der Kandidaten für die Reichstagswahlen streichen.

Dieser Vorwurf richtet sich nicht mehr gegen uns. Hier wird dem Zentralkomitee vorgeworfen, es habe jenen Brief geschrieben, habe die Anschuldigungen gegen Herzog als wahr unterstellt, ohne Herzog gehört zu haben.

Wir glauben nicht nötig zu haben, das Zentralkomitee gegen eine so ungeschickte Anrempelung in Schutz zu nehmen, aber wir fragen an: Wer wirkt parteischädigend? Die Redaktion der „Freiheit“, die sich in Gemeinschaft mit dem Zentralkomitee bemüht, einen Mann wie Wilhelm Herzog gegen den schweren Anschuldigungen erhoben werden, von Vertrauensstellungen in der Partei fern und die Partei damit rein zu halten — oder ein Parteiorgan, das schwere und völlig haltlose, rein aus Boreingedenken oder mangelhafter Unterweisung zu erklärende Anschuldigungen gegen die eigene Partei kritisch druckt, wie es in dem Bericht Herzogs über seine Unterredung mit Kadel geschehen ist? Wo muß „Ordnung“ geschaffen werden?“

## Vom Genfer Kongreß

Genf, 5. August.

Der Internationale Sozialistenkongreß setzte die Beratungen über die Sozialisierungsfrage fort. Es wurde eine Entschließung angenommen, bei der zehn Delegierte der Labour Party sich der Abstimmung enthielten.

Sobann sprach MacDonald (England) über den Wiederaufbau und führte dabei u. a. aus: Wir verlangen von den in Frage kommenden Regierungen, daß sie Mittel bereitstellen, um den Arbeitsmangel in der Industrie zu beseitigen. Die Zentralmächte haben ein dringendes Bedürfnis nach Düngemitteln, Oelfischen und Fetten. England, das über genügend Vorräte in diesen Artikeln verfügt, muß entsprechende Mengen freigeben, damit die Landwirtschaft in Mitteleuropa wieder gedeihe. England muß auch Erleichterungen für den Transport der 100 000 Wollschafe gewähren, die Amerika Deutschland zur Verfügung stellt. Dann könnten hunderte von Kindern im kommenden Winter dem sicheren Tode entzogen werden.

Genf, 8. August.

Namens der Kommission unterbreitete Sidney Webb (England) dem Kongreß einen Beschluß, der u. a. erklärt, das Verlangen des kapitalistischen Systems mache die Uebernahme der politischen Mittel durch die Arbeiterklasse zu einer geschichtlichen Notwendigkeit. Zur Arbeiterklasse gehören alle diejenigen, die im produktiven Sinne körperlich oder geistig tätig sind. Der Kongreß verwirft die Methoden der Gewalt und des Terrorismus.

Von der Anwendung einer entsprechenden Aktion in entscheidenden Konflikten mit den imperialistischen und kapitalistischen Mächten könne jedoch die Arbeiterklasse nicht absehen. Die Resolution Sidney Webb (England) enthält lobend die Grundzüge der Internationale in Bezug auf den Parlamentarismus und erklärt, daß das Parlament alle Macht des Volkes und die Volksangelegenheiten vertritt, die gegenüber der Gewalt auszuüben und die Führung der politischen Geschäfte zu besorgen hat. Neben dem Parlament soll ein Wirtschaftsrat bestehen, der sich aus den einflussreichsten Berufs- und sozialistischen Organisationen zusammensetzt. Für die Sozialisierung legt das Parlament die o. g. Grundsätze fest, ebenso die Art und Form der Verwaltung.

Vanderweide (Belgien) erklärte, daß durch die Resolution eine klare Scheidung geschaffen werde zwischen dem kommunistischen System von Moskau und dem demokratischen System der zweiten Internationale. Die Sozialisten wänten nicht mehr im Zweifel sein, wohin sie sich zu wenden hätten. Die Gewalt würde nicht zum System erhoben werden, wie das der Bolschewismus getan habe.

Auch der holländische Delegierte Troelstra stimmte den Ausführungen des Vorredners zu. Dem Bolschewismus könne man nicht nur die Demokratie entgegenstellen, sondern man müsse ihm ein sozialdemokratisches politisches System entgegenstellen. Scheidemann (Deutschland) betonte, es müsse klar ausgesprochen werden, daß die zweite Internationale den Bolschewismus grundsätzlich ablehne und streng auf dem Boden der Demokratie stehe. Die deutschen Sozialdemokraten hätten seit Jahrzehnten den Kampf gegen die Diktatur der preussischen Junker geführt, aber nicht dafür, daß die Diktatur einer Reihe von Männern, von denen ein jeder behauptet, das Proletariat zu sein, diejenige der preussischen Junker ersehe. Das Rätesystem in Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete sei noch verbesseungsbedürftig, aber das russische Experiment der politischen Rätediktatur müßten die deutschen Sozialdemokraten entschieden ablehnen, ebenso die Idee der Weltrevolution.

Darauf wurden die Verhandlungen auf 8 1/2 Uhr abends vertagt. In der Abendigung erklärte für die englischen Delegierten Thomas, daß die englischen Arbeiter nur sehr schwer für einen allgemeinen Streik zu haben seien. Die englische Arbeiterklasse wolle keine blutige Revolution. Nachdem sich noch Shaw (England) über die bolschewistischen Zustände geäußert hatte, schritt man zur Abstimmung über die Resolution über das politische System der Sozialdemokratie. Die Entschließung im Sinne der Ausführungen der vorher gemeldeten Redner wurde gegen eine englische Stimme angenommen. Der Sozialistenkongreß schloß also mit aller Entschiedenheit den Bolschewismus und seine Rätediktatur ab.

Nach einem Schlussworte des ältesten Mitgliedes der Internationale, Eduard Bernstein, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Spaltung der zweiten Internationale überwunden sei, schloß der Präsident Shaw den Kongreß.

Der nächste Kongreß wird im Jahre 1922 in Brüssel abgehalten werden.

Das neue Exekutivkomitee hat folgende Zusammensetzung: Präsident Arthur Henderson, Schatzmeister J. H. Thomas, Sekretäre Dunsman, Wels (Deutschland), Branding (Schweden), Vertreter Stanning, Frost (Holland), MacDonald (England), Vandervelde (Belgien), Vertreter de Brouckere.

## Internationaler Bergarbeiterkongreß

### Die Sechstundenschicht

Genf, 8. August.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen betonte Rose (Deutschland), daß die Forderung der Sechstundenschicht in keinem Zusammenhang mit den Verhandlungen in Spa stehe, sondern unmittelbar nach Ausbruch der Revolution in Deutschland erhoben worden sei. Es handele sich um eine deutsche Forderung. Die Deutschen verlangten auch nicht sofortige Einführung des Sechstundentages, sondern erst müßten die technischen Vorbereitungen getroffen werden. Die deutschen Bergarbeiter erwarteten, daß die ausländischen Kollegen dem deutschen Beispiel bald folgen und daß sie, wenn die Entente in das Ruhrgebiet einmarschieren sollte, oder wenn infolge militärischer Maßnahmen die deutschen Bergarbeiter um die Früchte der Revolution gebracht werden sollten, sich mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären.

Der luxemburgische Delegierte Buzonac unterstützte die deutschen Vorschläge.

In der Nachmittags Sitzung wurde die Aussprache über den Sechstundentag fortgesetzt. Es sprachen noch verschiedene Delegierte, die sich im allgemeinen mit der deutschen Forderung auf Einführung der Sechstundenschicht einverstanden erklärten.

Wilmann (Deutschland) betonte nochmals, daß die deutschen Bergarbeiter nur unter dem Zwange der Verhältnisse und unter

dem Druck der Alliierten Uebersichten saßen. Durch die Lieferungen an die Alliierten würde ein großer Teil der deutschen Industrie lahmgelegt und tausende deutscher Arbeiter brotlos werden. Hier hoffe der deutsche Bergarbeiter auf die Unterstützung der Internationale. Es fand schließlich eine Resolution Annahme, in der es u. a. heißt: Ungeachtet des gesundheitsschädlichen Charakters der Bergarbeit erklärt sich der Kongreß für den Sechstundentag der unter Tag arbeitenden Bergleute. Der Rückgang der Produktion in der ganzen Welt kann durch eine verlängerte Arbeitszeit nicht gehoben werden. Der Kongreß erklärt sich auch bereit, dem Versuch der Verlängerung der Arbeitszeit mit allen internationalen Mitteln Widerstand zu leisten.

## Streik in Saarbrücken

### Gegen die französischen Vergewaltigungen

Saarbrücken, 6. August.

Heute nacht sind die Beamten im Saargebiet in den Streik getreten. Es handelt sich um einen Proteststreik gegen die Verordnungen der Regierungskommission im Saargebiet, wonach die Beamten der Regierungskommission den Treueid leisten sollen und monach diese Kommission das Recht hat, die Beamten innerhalb von sechs Monaten ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Auch die Eisenbahner haben den Streik begonnen.

Der Beamtenbund des Saargebietes und sieben andere Angestelltenorganisationen haben einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Bleibt fort von den Straßen. Lebenswichtige Betriebe, wie Elektrizitäts- und Wasserwerke müssen im Gange bleiben. Alle der Sabotage dürfen unter keinen Umständen verübt werden. Die Forderungen der streikenden Beamten sind unter anderem: Die Rechte und Freiheiten, die vor dem 11. November 1918 in Kraft waren, sollen wiederhergestellt werden. Es soll den Beamten gestattet sein, deutschen Organisationen im unbesetzten Gebiet anzugehören. Die Regierungskommission soll Entlassungen von Angestellten nur nach Rücksprache mit der Beamtenchaft vornehmen können. Ferner wird verlangt: Einführung von Betriebsräten, Abbau der Preise der Lebensmittel und Verbrauchsartikel, ausreichende Vesteuerung mit Kohlen, Ausweitung der landesfremden Wucherer und Schieber und strenge Maßnahmen gegen die einheimischen Genossen derselben und Erleichterung der Einfuhr von Lebensmitteln und Verbrauchsartikeln aus dem unbesetzten Deutschland, sofortige Bildung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts.

## Ein Sieg der Schulreaktion

Dr. Karzen, bisher Leiter der staatlichen Bildungsanstalt (ehemalige Kadettenanstalt) in Lichtersfeld wurde unlängst zur Uebernahme der interessierten Kreise ins Unterrichtsministerium berufen. Die Erklärung dafür gibt eine Zuschrift aus dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den „Vorwärts“, in der es heißt:

„Dr. Karzen hatte seinerzeit die Anstalt mit dem „Lichtersfeld“ übernommen, dort als Schulreformer zu wirken. Unter Hinweis hierauf trat er — nach Prüfung der Entwicklungsmöglichkeiten der Anstalt — an die Unterrichtsverwaltung mit dem Antrage heran, Lichtersfeld von Amts wegen den Charakter einer Versuchsanstalt zu geben und die Umwandlung am 1. Oktober 1920 beginnen zu lassen. Gleichzeitig machte Dr. Karzen eine Reihe von organisatorischen Forderungen geltend, deren Bewilligung er für die Umwandlung für notwendig erachtete. Der Minister Haenisch hat sich diese gesamtlichen und organisatorischen Forderungen zu eigen gemacht und verurteilt, auch die logenmäßige Oberleitung der staatlichen Bildungsanstalten — einen aus Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsressorts gebildeten Verwaltungsrat — dafür zu gewinnen.“

Im Verlaufe dieser Verhandlungen mußte innerhalb des Ministeriums die Auffassung Platz greifen, daß gegen Ende mit der Ablehnung eines wesentlichen Teiles der erhobenen Forderungen zu rechnen sei. Da demnach für Dr. Karzen in Lichtersfeld keine Aussicht besteht, seinen Plan auszuführen, hat er gebeten, ihn von der Leitung der Anstalt zu entbinden. Der Minister hat die Berechtigung dieser Bitte anerkannt und sie deshalb erfüllt.

Dr. Karzen hat die ihm bisher gestellten Aufgaben mit hervorragender Energie und Umsicht in Angriff genommen. Unter warmer Anerkennung dieser seiner besonderen Eignung ist er nunmehr in das preussische Unterrichtsministerium berufen worden. Er soll hier Gelegenheit finden, selbst die Pläne für eine erste preussische Versuchsanstalt vorzubereiten, als deren Leiter er schon jetzt in Aussicht genommen ist.

Für die Leitung von Lichtersfeld wird eine vorläufige Regelung getroffen werden. Denn der preussische Unterrichtsminister muß sich bei der Haltung der übrigen zur Mitwirkung berufenen Ressorts den endgültigen Entschluß über seine Beteiligung an einer Weiterführung der Lichtersfelder Anstalt vorbehalten.“

Von unterrichteter Seite wird uns dazu geschrieben: Die staatlichen Bildungsanstalten (ehemalige Kadettenanstalten) unterstehen einer Oberleitung, die aus dem preussischen Kultus- und Finanzministerium und einer Reihe von beteiligten Reichs- und Staatsressorts besteht. An dem Widerstande dieser Oberleitung ist die Absicht des Ministers Haenisch, an dieser Stelle eine moderne Versuchsanstalt einzurichten, gescheitert. Daher scheint es fast, als ob die obige Mitteilung wie eine Flucht in die Öffentlichkeit aussieht. Die Öffentlichkeit ist aber besonders an der Frage interessiert, ob die Ablehnung der Forderung Haenischs durch das Reich der Absicht entspricht, die ehemaligen Kadettenanstalten in Zivil zu erhalten. Es ist fast nämlich nicht einzusehen, warum das Reich sich die Gelegenheit hat entgehen lassen, mit der Gründung einer Versuchsanstalt endlich Ernst zu machen, zumal wohl als einziges Ergebnis der Reichsschulkonferenz der einstimmige Beschluß anzusehen ist, Versuchsanstalten einzurichten.

Offenlich zieht der Minister Haenisch sich nun, nachdem das reaktionäre Reich seine Pläne zu Stande gebracht hat, von der Weiterführung der Lichtersfelder Anstalt zurück und überläßt sie denen, die sich vom Kadettenkorps nicht trennen können.

Proteststreik gegen den Steuerabzug. Die Besessenen eines Teils der Werke im Helmstedter Braunkohlenrevier sind Donners- tag früh in Proteststreik gegen den Steuerabzug getreten. Die Versorgung Magdeburgs mit elektrischer Kraft ist gefährdet.

Erhöhung der Pfändungsgrenze. Nach den vom Reichstoge angenommenen Entwurf über die Erhöhung der Grenze bei Pfaendpfändungen, werden alle alten Sätze verdoppelt, infolge der Geldentwertung. Das Gesetz tritt am 1. Oktober in Kraft.

## Gewerkchaftliches

### Keine Musterarbeitsordnung für Angestellte

Am 28. Juli fand vor dem Reichsarbeitsministerium die Beratung über den Entwurf einer Musterarbeitsordnung gemäß § 80 B. R. G. statt. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände erklärte, daß seine Organisation grundsätzlich für den Ausbau des kollektiven Arbeitsvertrages und den Ausbau des Betriebsratgesetzes eintritt, dagegen die Arbeitsordnung überhaupt ablehnt. Wo dieselben gesetzlich vorgeschrieben seien, sollen sich die Betriebsvertretungen auf die Musterarbeits-

